# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Arnhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Tel.-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 29

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.00 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 14.50 Mark, monatlich 5.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 80 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 210. Donnerstag, den 8. September 1921. 16. Jahrgang.


## Das Wichtigste vom Tage.

**Gestern nachmittag begannen in der Reichskanzlei die Besprechungen der Reichsregierung mit den Vertretern der bayerischen Regierung und der bayerischen Koalitionsparteien.**

*

**Der Belagerungszustand ist gestern mittag für ganz Oberschlesien aufgehoben worden.**

*

**Die Reparationskommission veröffentlicht eine amtliche Mitteilung, daß die am 31. August fällig gewesene 1 Milliarde Goldmark von Deutschland voll gezahlt worden ist.**

*

**Die angekündigte Tariferhöhung im Güter- und Personenverkehr soll 30 Prozent betragen und am 1. November, bezw. 1. Dezember in Kraft treten.**

**Nach einer Havasmeldung aus Washington sollen die Alliierten von den Verhandlungen, die zum Abschluß des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages geführt haben, offiziel in Kenntnis gesetzt worden sein.**

*

**Nach einer in Smyrna eingegangenen Meldung fiel Angora nach scharfem Kampfe, der mit der Vertreibung der Türken durch die Griechen endigte.**

## Vergeßt Oberschlesien nicht!

No. Der Hader zwischen rechts und links, der Streit, den Bayern mit der Reichsregierung austragen will, alles das ist so sehr in den Vordergrund des Interesses gerückt, daß es den Anschein erweckt, als ob wir an nichts anderes zu denken hätten. Man vergißt ganz, daß es noch etwas Wichtigeres gibt als eine Austragung der Meinungsverschiedenheiten, und auch die bayrischen Scharfmacher, die jetzt von Seperationsgelüsten erfüllt sind, sollten bedenken, daß jetzt vorerst einmal gesorgt werden muß, deutsches Land bei Deutschland zu erhalten, damit es nicht der Unkultur der Polen ausgeliefert wird. Aber so sind wir Deutschen nun einmal: der innere Zwist und Zank geht uns über alles, und wir vergessen dabei das wichtigste, wir vergessen Oberschlesien. In dieser Hinsicht ist eine Aeußerung des Reichsjustizministers wertvoll, der darauf hinweist, daß die oberschlesische Frage nach wie vor für Deutschland beherrschend und entscheidend sei. Vom Standpunkt der inneren Politik gesehen, sei für Deutschland, das nicht viele Einigungs- und Sammlungspunkte besitze, das oberschlesische Problem derjenige Punkt, auf den sich die ganze Kraft der Nation konzentrieren müsse. Deutschland muß der Welt zeigen, so sagte Schiffer, daß es nach wie vor mit allen Fasern seines Herzens an diesem Lande hängt und mit aller Kraft seines Daseins zu ihm steht. Auch die Germania macht in einem aufsehenerregenden Artikel in diesem Zeitpunkt auf die oberschlesische Frage aufmerksam und sagt, daß wir diese Frage nicht lösen durch Vertiefen der Streitigkeiten und auch nicht durch gefühlsmäßiges Nachtrauern nach der Vergangenheit. Ziel und Richtschnur der Politik des Kabinetts Wirth war und ist die Rettung Oberschlesiens durch entschlossene Vertretung des Standpunktes der Gerechtigkeit und der Selbstbestimmung. In diesem Ziel müssen wir uns heute alle zusammenfinden, ob rechts, ob links, ob Bayern, ob Berlin: Wir dürfen bei dem Streit über den Rock nicht das Hemd vergessen. Ein anderes Handeln, ein anderes Tun würde die oberschlesische Bevölkerung, die soviel für ihre Heimat gelitten hat, nicht verstehen. Auch das Ausland möge bedenken, daß diese Frage nach wie vor entscheidend ist für die politische Entwicklung in Deutschland. All die schönen Worte, die man dem Kabinett Wirth spendet, nützen nicht im geringsten, wenn ihnen nicht Taten nachfolgen. Darüber muß man sich nach wie vor im klaren sein, besonders wenn man jetzt den Ansturm gegen das Kabinett Wirth gesehen hat, daß das Kabinett der Erfüllung nicht zu halten ist, wenn die Voraussetzungen für die Politik des Kabinetts nicht erfüllt werden.

*

### Eine Wendung in der oberschlesischen Frage.

#### Zur allseitigen Zufriedenheit?

Der Berichterstatter der Westminster Gazette meldet: Die vom Völkerbundsrat mit der Berichterstattung über die oberschlesische Frage betrauten vier Mitglieder werden wahrscheinlich ihren Bericht bis zum 10. September fertig haben. Es könne schon jetzt zuversichtlich erklärt werden, daß der Völkerbundsrat in der oberschlesischen Frage eine Entscheidung treffen werde, welche weder in Uebereinstimmung mit den britischen Vorschlägen noch mit den französischen sei, und daß er ganz unabhängig vorgehen werde. Die Entscheidung des Rates solle nach dem Berichterstatter sowohl Polen wie auch Deutschland und vor allem der oberschlesischen Bevölkerung Befriedigung gewähren.

#### Eine neue Abstimmung?

In Londoner unterrichteten Kreisen wird, wie die Dena meldet, mit Bestimmtheit behauptet, daß man sich in London und Paris ernstlich damit beschäftigt, der Völkerbundskommission eine neue Abstimmung in Oberschlesien vorzuschlagen. Der Plan werde bereits nach allen Richtungen hin erwogen.

#### Die polnischen Sozialisten für Deutschland?

Vor einigen Tagen fanden im Kreise Rybnik Versammlungen der deutschen und der polnischen Sozialdemokraten gemeinsam statt. In allen diesen Versammlungen erklärten die Polen, von jetzt ab in Oberschlesien mit den deutschen Sozialdemokraten gemeinsam für den Anschluß an Deutschland arbeiten zu wollen.

## Die Deutschnationalen im Kanzlerhaus.

In der auf Ansuchen der Deutschnationalen Volkspartei und ihrer Fraktionen Dienstag abend im Reichskanzlerhause abgehaltenen Besprechung über die politische Lage legten die deutschnationalen Abgeordneten ihre Auffassung über die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August dar, die sie auf das lebhafteste bekämpften. Sie verlangten Anwendung der Verordnung gegen alle extremen Richtungen, die den politischen Kampf mit Gewalttätigkeiten führen. Insbesondere verlangten sie Schutz gegen gewaltsame Sprengungen und Störung rechts gerichteter Kundgebungen und Versammlungen. Der Reichskanzler besprach die Entwicklung der politischen Atmosphäre seit Annahme des Ultimatums und verwies auf die außenpolitischen Schädigungen, die durch chauvinistische Kundgebungen hervorgerufen würden. Er betonte die absolute Notwendigkeit, alle Versuche, die Weimarer Verfassung mit Gewalt beseitigen zu wollen, abzuwehren, wenn Deutschland nicht durch inneren Bürgerkrieg elendiglich zu grunde gehen solle. Ebenso sei der Schutz der Republik gegen alle verwerflichen und gewaltsamen Uebergriffe eine selbstverständliche Staatsnotwendigkeit. Dabei werde die Verordnung streng und gerecht gegen alle gewalttätigen Elemente, wo immer sie sich zeigen mögen, angewendet werden. Ebenso erklärte der Reichskanzler, es werde mit allen Mitteln gewaltsamen Störungen friedlicher Versammlungen entgegengetreten werden. Er richtete die ernstliche Mahnung an die deutschnationalen Abgeordneten, alles aufzubieten, um Aufreizungen zu Gewalt mit allen nur erdenklichen Mitteln der Aufklärung und der parteipolitischen Beeinflussung alsbald und nachdrücklichst aus dem politischen Kampfe auszuschalten. Im einzelnen erhoben die deutschnationalen Vertreter eine Reihe von Forderungen, deren Erörterung dem Reichstag vorbehalten sein wird. Die Besprechung nahm einen dem ernsten Charakter der politischen Lage durchaus rechnungtragenden Verlauf. Wie wir hören, finden im Laufe dieser Woche weitere Aussprachen mit den übrigen Parteien und Fraktionen statt.

## Der Reichskanzler über den Zahlungswillen Deutschlands.

Reichskanzler Dr. Wirth erklärte in einer Unterredung mit dem Berliner Korrespondenten der Daily Mail, er befürchte für den Augenblick nicht einen monarchistischen Staatsstreich, man müsse jedoch immer auf der Hut sein. Das deutsche Volk passe sich allgemein den demokratischen Grundsätzen an. Es müsse sich in Zukunft selbst regieren und sich dem Problem der Verantwortung nicht widersetzen. Die monarchistische Agitation in Deutschland könne in der Opposition eine nützliche Rolle spielen, indem sie die anderen Parteien des republikanischen Volkes reinige. Frankreich hatte eine monarchistische Partei noch lange nach der Gründung der dritten Republik. Nicht alle Bayern seien Monarchisten und nicht alle Monarchisten seien Bayern. Dr. Wirth sagte, er sei entschlossen, mit Bayern keinen Streit zu haben. Bayern sei ein Land, das immer ein starkes Unabhängigkeitsgefühl hatte. Bayern werde jedoch seiner Ansicht nach schließlich nachgeben, wie es dies auch in der Entwaffnungs- und Einwohnerwehrfrage getan habe. Der Reichskanzler erklärte außerdem,

> wenn die Mark noch weiter falle, so könne schließlich die Zeit kommen, wo die Welt erkennen werde, daß die Grenze der Zahlungsfähigkeit Deutschlands erreicht sei. Deutschland werde jedoch fortfahren zu zahlen, bis zu den Grenzen der Möglichkeit, selbst wenn es darunter zu leiden habe. Die Regierung werde keine weiteren Proteste in Form von Noten und Memoranden machen, die doch niemand lese, sondern fortfahren, bis schließlich, wenn dies sein müßte, die Tatsachen für sich selbst sprechen. Fast alles hänge von der Lösung der oberschlesischen Frage ab. Diese Frage und die Frage der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen im Rheinland müßten für Deutschland von höchster Bedeutung sein.

Deutschland könne unmöglich den Zweck des Vorschlages begreifen, die wirtschaftlichen Sanktionen zu beseitigen, während die militärischen Zwangsmaßnahmen bestehen bleiben.

## Der Deutsche Städtetag gegen die Steuerpolitik des Reiches.

Der Deutsche Städtetag in Wiesbaden ist am Dienstag mit einer Vorstandssitzung zu Ende gegangen. Von besonderem Interesse waren auch auf dieser Tagung die Finanzfragen. Auf der Grundlage der Verhandlungen des Finanzausschusses wurde folgende Entschließung angenommen: Die Steuerpolitik des Reiches legt die Wirtschaft der deutschen Gemeinden lahm. Das Reich hat den Gemeinden die sofortige Erstattung der Kriegsausgaben versagt und ihnen die Aufbringung der Anleihen zu einem Zeitpunkte überlassen, wo der Markt für Gemeindeanleihen in Deutschland still lag. Es hat den Gemeinden die Zuschläge zur Einkommensteuer genommen und schließlich auch die Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens nachträglich wieder entzogen, obwohl die Gemeinden ihren Haushalt schon darauf eingestellt hatten. Die Gemeinden sind jetzt zu immer größeren Mehrausgaben für Gehälter und Löhne gezwungen, für welche jede Deckung fehlt und vom Reiche und den Ländern verweigert wird. Die Fortführung dieser Politik führt notwendig zum Zusammenbruch der Gemeinden. Die Gefahr ist um so größer, als die unerträgliche Verzögerung in der endgültigen Veranlagung der Reichseinkommensteuer für 1920 bewirkt, daß die Gemeinden nicht einmal den ihnen für 1920 gewährleisteten Anteil erhalten und die vorläufige Verrechnung dieses gewährleisteten Anteils das wirkliche Aufkommen des Jahres 1921 nur unvollständig berücksichtigen.

## Eine neue Spur: Erzbergers Mörder in Berlin?

### Ein Brief von der Handschrift des Mörders.

Die gestern früh eingelaufene Post brachte der B. Z. am Mittag folgenden Brief:

Sehr geehrte Redaktion!

Es ist nicht nötig, meinen Namen zu veröffentlichen. Ich reise heute noch ins Ausland. Ich bin kein Monarchist, aber ein alter Soldat, der, was er mit seinem Blute bezahlt hat, nicht vom Kapitalverschieber und Kriegsdrückebergern zerstörren läßt. Die Liste der Schuldigen ist noch sehr groß. Franz Riese aus dem schönen Düsseldorf.

In der Unterschrift ist der Name Riese nachträglich ausgestrichen. Dieser Brief ist auf den ersten Blick als von der Hand des Mannes geschrieben erkennbar, der die Eintragung Franz Riese, Student der Jurisprudenz in Düsseldorf, in das Fremdenbuch des Gasthofes Zum Hirschen in Oppenau gemacht hat. Das charakteristische Franz, das gezeichnete D bei Düsseldorf und andere Kennzeichen wiederholen sich hier wie dort. Der Brief ist Dienstag abend zwischen 5 und 6 Uhr im Bereiche des Postamts NW 7 aus dem Kasten gehoben worden. NW 7 umfaßt die Gegend um Bahnhof Friedrichstraße. Ob es dem Schreiber und Absender mit der Angabe, nach dem Auslande zu fahren, ernst ist, mag dahingestellt sein. Ist der Brief echt — die Entscheidung darüber liegt bei dem Schriftsachverständigen der Polizei — so wird er den Beweis bringen, daß die Mörder oder wenigstens der eine davon sich in Berlin aufgehalten hat. Ohne Zweifel hat die Veröffentlichung des Faksimile aus dem Fremdenbuch des Hirschen dem Verbrecher großes Unbehagen bereitet, und er hat in seiner Erregung den Brief geschrieben, um die Spur auf falsche Bahnen zu lenken. Mit diesem Brief — immer die Echtheit vorausgesetzt — ist der Beweis erbracht, daß es sich bei dem angeblichen Franz Riese auf keinen Fall um einen Angehörigen der akademischen Kreise handeln kann und auf keinen Fall um einen Studenten der Jurisprudenz; denn der Brief weist grammatische und orthographische Fehler auf. Das n ist bei dem Worte Kriegsdrückebergern später angehängt worden und fehlt bei dem Worte Kapitalverschiebern ganz, und das Wort zerstören ist mit zwei r geschrieben. Dabei ist die Wendung Franz Riese aus dem schönen Düsseldorf sehr trivial und zeugt von Unbildung. Auf alle Fälle werden die Behörden sofort umfassende Nachforschungen anstellen.

## Kleine politische Meldungen.

**Besprechungen über die Zeitungsverbots.** Am Freitag, den 9. September, nachmittag 4 Uhr, tritt der auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August gebildete Reichsratsausschuß zusammen, um über die vorliegenden Beschwerden der verbotenen Zeitungen zu beschließen. Die auswärts erscheinenden Zeitungen sind zu dem Termin geladen.

**Loucheurs Endziel in Wiesbaden.** Der Basler Anzeiger meldet aus Paris: Loucheur wird im Oktober eine dritte Zusammenkunft mit Rathenau haben. Loucheur hielt Sonntag in Reims eine Rede, in der er auf die schweren Verbrechen der Zerstörung einer jahrhunderte alten Kultur in Nordfrankreich durch die Deutschen hinwies und erklärte, es dürfe den Deutschen kein Sous geschenkt werden. Dieses sei auch Zweck und Endziel seiner Verhandlungen mit Rathenau.

**Um den amerikanischen Botschafterposten in Berlin.** Newyork Herald meldet aus Washington: Der frühere Senator A. J. Beveridge, der schon seit längerer Zeit für den Botschafterposten in Berlin genannt wird, soll geneigt sein, diese Ernennung anzunehmen. Beveridge ist ein intimer Freund des Präsidenten Harding. Man erfährt, daß er das Angebot des Präsidenten, die Botschaft in Japan zu übernehmen, abgelehnt hat.

**Die kleine Entente droht.** Wie Havas meldet, wird der Antrag Ungarns auf Zulassung zum Völkerbunde wahrscheinlich eine sehr wichtige Aussprache hervorrufen. Die Vertreter der kleinen Entente würden einstimmig Erklärungen abgeben, daß 24 Stunden nach dem Tage, an dem ein Habsburger auf den ungarischen Thron wieder eingesetzt würde, die Truppen der kleinen Entente in Ungarn einrücken würden, um ihm Achtung vor dem Vertrage beizubringen.

**Eine neue Konferenzeinladung an die Iren.** Die Times melden: Lloyd George hat die irischen Vertreter zu einer neuen Konferenz eingeladen, um die drohenden Zwangsmaßnahmen gegen Irland abzuwenden. Sollten die irischen Vertreter bis Sonntag der Aufforderung keine Folge leisten, so werde der vom Ministerrat beschlossene Kriegszustand in Irland verkündet.

**Ernste Nachrichten aus Indien.** Da die Nachrichten aus Indien immer ernster lauten, hat die englische Admiralität Befehl gegeben, daß ein verstärktes Geschwader sich nach den Häfen in die Nähe des indischen Aufstandsgebiets begibt. Für das Aufstandsgebiet ist die Bildung einer Division Polizeitruppen beschlossen, die mit der Aufrechterhaltung der Ordnung nach der Unterdrückung des Aufstandes betraut sind.